

Mittelstand unter der Ferse des Großkapitals

220

Faschismus vernichtet die Mittelschichten — Kommunismus bringt Rettung!

In Zehntausenden zerhackt das Großkapital die mittelständlichen Existenzen oder treibt sie der Katastrophe entgegen. Die Zahl der monatlichen Bankrotte allein in Sachsen erreicht ein halbes Tausend. Als Agenten der Kapitalismagnaten suchen von dieser Last abzulasten. Die faschistischen Unternehmern machen es so, daß sie den „Marxismus“, „den roten Rab Moskau“ dafür verantwortlich machen. Wir antworten mit dem kommunistischen Manifest, in dem schon vor mehr als 60 Jahren Marx und Engels, die wissenschaftlichen Begründer des Sozialismus, schreiben:

„Spricht ihr von dem Kleinbürgerlichen, Kleinbäuerlichen Eigentum, welches dem bürgerlichen vorberging? Wir brauchen es nicht abzuschaffen, die Entwicklung der Industrie hat es abgeschafft und schafft es täglich ab.“

Doch lassen wir die Tatsachen sprechen. In dem theoretischen Organ der KPD, der „Internationalen“ 19/20 vom Oktober 1930, rechnet Genosse Reubauer, sich stützend auf das Material aus dem Enquete-Ausschuß des Reichswirtschaftsrates, mit den Herrschenden, die glauben, die Mittelschichten betrügen zu können, ab. Wir verwenden nachstehend einiges von dem Material, um breitere Massen damit vertraut zu machen.

Die Handwerksbetriebe legen sich nach Größe zusammen:

Kleinbetriebe (bis zu 3 Gesellen)	1220 293 = 91 Proz.
Kleinere Mittelbetriebe (4-10 Gesellen)	30 064 = 4,5
Größere Mittelbetriebe (11-20 Gesellen)	11 700 = 0,9
Großbetriebe (über 20 Gesellen)	7 810 = 0,6

Die Kleinbetriebe nach Größen eingeteilt, ergibt folgendes Bild:

Betriebe mit keinem Gesellen	821 553 = 62,8 Proz.
Betriebe mit 1 Gesellen	284 903 = 21,8
Betriebe mit 2-3 Gesellen	122 897 = 9,4

Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß die über große Mehrheit der Handwerksbetriebe so außerordentlich klein wird, daß ihre Inhaber sich vom frühen Morgen bis in die späte Nacht abplagen müssen, um sich nur kümmerlich zu behaupten. Das sieht man aber besonders bei der

Vermögenslage der Handwerksbetriebe

Vom Landesauschuß des Sächsischen Handwerks sind folgende Angaben gemacht worden. Das Vermögen je händiger Handwerker beträgt bei:

40 Prozent weniger als 5000 Mark
30 Prozent 5-10 000 Mark
25 Prozent 10-20 000 Mark
5 Prozent 20-50 000 Mark

Daraus ist zu schließen, daß 70 Prozent der Handwerker ein Dasein fristen, das fast dem Niveau der Erwerbslosen entspricht. Als Vermögen ist hier das im Betrieb investierte Kapital anzusehen. Bei der heutigen Wirtschaftskrise ist die Beschäftigung dieser Betriebe die denkbar schlechteste.

Man braucht nur zu berücksichtigen, daß das Lohn Einkommen um 13 Milliarden gekunken ist, daß infolgedessen der Verbrauch an Lebensmitteln, Kleidung, Schuhen, Wohnungseinrichtung usw. gewaltig eingeschränkt wird, um zu erkennen, daß die Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeit dieser Schichten gewaltig zurückgehen muß.

Die tödliche Konkurrenz

Aber nicht nur das allein ruiniert diese Schichten. Der Handwerker kann mit den rationalisierten Großbetrieben nicht konkurrieren. Die Schuhindustrie drückte den Schuhmacher zum Kniehöcker und in kurzer Zeit hand er selbst als Arbeiter an der Schuhmaschine, wo er heute durch Rationalisierung herausgeworfen wird. Der Schneider hat die Wahl zwischen dem „Selbständigen“ Nadelsticker oder dem Konfektionsarbeiter, wo er für Lumpenlöhne an der Maschine des Kapitalisten steht. Der Fleischer wird durch die Großschlachtereien und Konzentrationen verdrängt und die Verkaufsmöglichkeit durch die großen Warenhäuser. Der Bäcker hält vielfach nur noch ein Handbrotgeschäft aufrecht, weil er infolge zu hoher Roggenpreise, Zinsbelastung des Warenlagers usw. nicht selbst mehr backen kann. Er bezieht sein Brot von der Brotfabrik. Die Dresdener Bäcker trugen sich bereits mit dem Gedanken, eine zentrale Genossenschaftsbäckerei zu stellen, um sich so vor dem allgemeinen Untergang zu retten. Der Bäderobermeister Raier (Wirtschaftspartei) kämpfte gegen dieses Projekt an. Er mußte, warum.

Die Steuerkrabe

Geradezu schändlich ist der Mittelstandsbetrag jener Parteien und Blätter, die sich als „Retter“ der Mittelstände aufspielen. Sie sind es gerade, deren Vertreter in den Parlamenten und Ver-

waltungen die brutale Massenausplünderung durch immer neue Steuern betreiben. Die Nationalsozialisten marschieren hier an der Spitze. Man braucht nur zu prüfen, wie schneidig Fick und Franzen die Kräfte der Steuerdiktatur schwingen. Kopfsteuer, Umsatzsteuer, Gewerbesteuer, Schlachthauer, Stempelsteuer u. a. werden mit Gendarm und Gerichtsvollzieher eingetrieben. Wo sich die örtlichen Parlamente unter dem Druck der Massen dagegen aufbäumen, werden die faschistischen Diktaturkommissare eingesetzt, genau wie von Goebbels, mit außerordentlichen Vollmachten zur Eintreibung der Steuern ausgestattet.

Sozialmacht die Rettung!

Alle Hoffnungen der kleinen Gewerbetreibenden, sich dieser Umklammerung entziehen zu können, sind bisher gescheitert. Sie werden vom Kapitalismus ruiniert in einem Ausmaß, das die amtlichen Bankrotziffern weit übersteigt. Wie viele gibt es die sich immer weiter einschränken in der Hoffnung auf „bessere Zeiten“, bis sie ohne irgendwelches Aussehen als liquidieren müssen. Rettungslos geben sie zugrunde. Das ist der qualvolle Verfall des Kapitalismus, aus dem es für diese Schichten nur einen Ausweg gibt. Das ist die genossenschaftliche Großproduktion. Die Enteignung der Banken, der Großindustrie durch eine Sozialmacht, die allein den Mittelschichten Unterstützung gewährt zur genossenschaftlichen Produktion. Von einer Sozialmacht erhalten sie Staatskredite, billige Möglichkeiten zur Errichtung von Genossenschaftsbetrieben, in denen ihre Existenz gesichert ist. Durch die Sozialmacht wird der Profit der Kapitalisten aufgehoben und das Belohnen der Produktion ist der Bedarf der Massen. Vor einer Sozialmacht fürchten sich nur jene, die aus der Massenausplünderung in der Produktion, dem Handel, und in der politischen Geschäftsführung riesenprofite und -gehälter beziehen. Aber die Millionen aus den Mittelschichten, die durch den Kapitalismus enteignet sind, können nur das Elend, den Jammer, ihre barbarische Lebensweise verlieren und ebenso wie das Proletariat eine Welt gewinnen.

Kampf gegen das Elend der Mittelschichten ist deshalb: Herstellung des Kampfbündnisses mit dem Proletariat unter Führung der kommunistischen Partei zur Beseitigung des mörderischen Kapitalismus.

Bauer, erkenne deinen Feind! Bad zu!

Der Nationalsozialismus das Werkzeug der Land- und Steuerräuber

Der Januarnummer der „Neuen Deutschen Bauernzeitung“ entnehmen wir folgenden Artikel des kommunistischen Reichstagsabgeordneten Hilbert Rau:

Nationalsozialistisches Agrarprogramm? Was ist das? Es gibt zur Agrarfrage viele nationalsozialistische Programme, programmatische Erklärungen und Erklärungen. In einem wird so gesagt, im anderen das genaue Gegenteil. Je nach Bedarf stehen die nationalsozialistischen Agitatoren in den Versammlungen das eine oder andere davon aus der Tasche und stellen sich vor als das Mädchen aus der Fremde, das jedem eine Gabe bringt. Hält man nun noch die Wirklichkeit des italienischen Vorbildes der Nationalsozialisten, oder auch nur die Taten der nationalsozialistischen Führer ihren wahren nicht sparsam ausgeteilten Versprechungen gegenüber, dann wird die Sache erst ganz toll.

Ein Buch müßte man schreiben, um aus all den Widersprüchen, Unfasslichkeiten, demagogischen Versprechungen den wahren Kern der Stellungnahme der Nationalsozialisten zu den einzelnen Fragen herauszuschälen. Wir wollen uns deshalb heute nur mit einem der gegenwärtigen Hauptprobleme auseinandersetzen, und zwar mit der

Stellungnahme zur Bodentfrage

§ 17 des am 25. Februar 1930 aufgestellten und heute noch als wichtigstes leitmachendes Dokument gezeichneten Programms der Nationalsozialisten lautet:

„Wir fordern eine ungeteilte nationale Bodenreform, Schaffung eines Selbsten eigentums von Boden für gemeinnützige Zwecke, Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenverrentung.“

Mit Klarheit hat dieser Programmpunkt zwar nichts zu tun. Welchen Boden soll zur „ungeteilten Enteignung“ kommen? Der des kleinen Bauern oder der des Großgrundbesitzers? Wenn man in Betracht zieht, daß in Italien auf Betreiben der heillosen geschulten Finanzwucherer und Bodenpekulanten, sowie der nimmermüden Finanzmänner Mussolinis Jahr für Jahr tausende kleine Bauernwirtschaften unentgeltlich zwangsenteignet werden, dann ist obiger Programmpunkt nicht mißverständlich. Wir wollen aber einen Moment den nationalsozialistischen Agitatoren glauben, die uns sagen, daß die unentgeltliche Enteignung der Großgrundbesitzer gemeint ist. Ergäbe sich das vorzüglich durch die „Abschaffung des Bodenzinses“, also der Streichung der Pachtzinsen und der Zinsen für Hypotheken — auch den anderen auf dem Boden lastenden Schulden.

Über Millionen Zwerg- und Kleinbetriebe (unter 5 Hektar), aber 77 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe verfallen in Deutschland nur über 100 Millionen Hektar Land 17,4 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche.

Keine Enteignung der Grundbesitzer

Die Forderung dieser kleinen Wirtschaften, oder aber ihrer Eigentümer, daß sie zum wahren großen Teil gewonnen werden, ist ein Widerspruch in der Industrie, dem Bau- und Bergbau, dem Handel, dem Verkehr, dem öffentlichen Leben und in der Landwirtschaft. Die gemeinnützige und nicht zu übersehende Rolle des kapitalistischen Wirtschaftens liegt aber gerade in der Schaffung des Wohlstandes. Nicht zuletzt werden durch die Produktion der Waren die Lebensbedingungen der Massen verbessert. Die unentgeltliche Enteignung der Kleinbetriebe würde die Produktion der Waren zum Stillstand bringen und die Lebensbedingungen der Massen verschlechtern. Die unentgeltliche Enteignung der Kleinbetriebe würde die Produktion der Waren zum Stillstand bringen und die Lebensbedingungen der Massen verschlechtern.

(mit über 100 Hektar), die nur 0,2 Prozent aller Wirtschaften darstellen, aber mit 20,2 Prozent der Nutzfläche mehr als die 4 Millionen kleinen Wirtschaften zusammen an Land umfassen. Dazu kommt — nicht zu übersehen — noch die Tatsache, daß die Großgrundbesitzer das Land den wertvollen Bauern unter geistlichen Episkopatseliten oder mit brutaler Gewalt geraubt haben. Dem großen Räuber muß der Raub wieder abgenommen werden!

Wehr als die Hälfte der Kleinbauern und auch der rund 1 Million Mittelbauern haben Land zugespacht. Die Pachtzinsen drücken sehr und nehmen dem Bauern einen erheblichen Teil seines Arbeitsertrages weg.

Alle wertvollen Bauern sind verschuldet, meist ganz erheblich. Die Schuldzinsen schmälern dem Bauern ebenfalls den Gehalt seines Arbeitsertrages, den Lohn seiner Arbeit. Die Zinsen sind ein wesentliches Mittel, durch das die Großgrundbesitzer und Finanzkapitalisten den wertvollen Bauern ausbeuten. Weg damit!

Die „Abschaffung des Bodenzinses“, also die Streichung von vielen Millionen Schulden, der jährlich hunderte Millionen betragenden Pachtzinsen, sowie die unentgeltliche Enteignung der Großgrundbesitzer heißt die Vernichtung des Eigentumsrechts der Finanz- und Agrarkapitalisten (sleibgültig welcher Klasse und Konfession sie angehören) und kann nur im schärfsten Klassenkampf der arbeitenden Massen in Stadt und Land gegen die kapitalistische Klasse durchgeführt werden!

Nur Großgrundbesitzerinteressen

Nun haben wir — Hitler sei es gefügt — die Herren nationalsozialistischen Großgrundbesitzer Döhlens und die Großbankiers, bei denen Hitler zu spielen pflegt, ordentlich erschreckt. Ziehen wir zu ihrer Veruhigung das nationalsozialistische „Staats- und Wirtschaftsprogramm“ aus der Tasche. Punkt 8 lautet:

„Der Nationalsozialismus erkennt das Privateigentum grundsätzlich an und stellt es unter staatlichen Schutz.“

Also, seine Fänge ihr Herren Volksausplünderer, ihr und euer Ausbeutertum steht unter dem Schutz des dritten Reiches. Da die Zweifel aber doch noch aufstehen konnten, hat Herr Hitler gerührt, folgende parteiamtliche Erklärung loszulassen:

„Gegenüber den betrogenen Auslegungen des Punktes 17 des Programms der NSDAP von Seiten unleserlicher Geistes ist folgende Feststellung notwendig. Da die NSDAP auf dem Boden des Privateigentums steht, ergibt sich von selbst, daß der Rufus „Unentgeltliche Enteignung“ nur auf die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten Bezug hat. Boden, der auf unentgeltliche Weise erworben wurde oder nicht nach dem Gesichtspunkt des Volkswohls veräußert wird, wenn nötig, zu enteignen. Dies richtet sich demgemäß in erster Linie gegen die jüdischen Grundbesitzerspekulations-Gesellschaften.“

München, den 18. April 1932. gen. Adolf Hitler.

„Es, als ob es so gar nicht „entwertet“, sondern nur geistliche Möglichkeiten dazu geschaffen werden. Sehr ungerat! Doch, was ist denn das? In der „jüdischen Weltanschauung“ steht fest, daß diese Möglichkeiten bereits verschwendungsgemäß verlegt. Und darüber hinaus besteht noch die Möglichkeit, daß diese Möglichkeiten ebenfalls verschwendungsgemäß verlegt werden. Durchgeleitet wird es das, was Hitler als „Unentgeltliche Enteignung“ bezeichnet, ist nicht die Enteignung der Kleinbetriebe, sondern die Enteignung der Kleinbetriebe, die die Produktion der Waren zum Stillstand bringen und die Lebensbedingungen der Massen verschlechtern.“

am 7. März 1930 im „Völkischen Beobachter“ ein „Agrarprogramm“ veröffentlicht.

Von der „Abschaffung des Bodenzinses“ ist darin kein Wort mehr. Die Pachtzinsen und Schuldenlasten sollen nicht mehr getilgt werden, sondern die Forderung auf Streichung dieser Lasten wurde getilgt. Die Lasten sollen im dritten Reich unentwertet bei der wertvollen Bauernschaft eingetrieben werden.

Auch noch Entschädigung für die Bodentwucherer

Die unentgeltliche Enteignung des Bodens ist bis auf eine nebelhafte Phrase ebenfalls in der Verfassung verschwunden. Soweit überhaupt von „Enteignung“ die Rede ist, wird eine „angemessene Entschädigung“ garantiert. Der Punkt 8 dieses Agrarprogramms bezieht zur Bodentfrage:

„Der Staat hat das Recht der Enteignung gegen angemessene Entschädigung:

- a) von Land, das nicht im Besitz deutscher Volksgenossen sich befindet,
- b) von Land, das — nach Urteil des zuständigen Verwaltungsorgans — durch verantwortungslose Wirtschaftsweise seines Besitzers nicht mehr der Versorgung des Volkes dient,
- c) von Teilen des von den Besitzern nicht selbst bewirtschafteten Großgrundbesitzes zum Zwecke der Ansiedlung einer freien Bauernschaft,
- d) von Land, das zugunsten der Volksgemeinschaft für besondere staatliche Zwecke (z. B. Verteidigungseinrichtungen, Landesverteidigung) gebraucht wird.

Unrechtmäßig (im Sinne des deutschen Rechts) erworbenes Boden wird unentgeltlich enteignet.“

Selbst die „jüdischen“ Spekulanten sollen entschädigt werden

Verwirrt fragen wir nun schon: Sollen denn wenigstens die „jüdischen“ Grundbesitzerspekulations-Gesellschaften „im dritten Reich“ „unentgeltlich enteignet“ werden? Haben sie „im Sinne des deutschen Rechts“ den Boden „unrechtmäßig erworben“? Nehmen wir wieder das Staats- und Wirtschaftsprogramm zur Hand und lesen wir in Punkt 38 unter „Bodenrecht“ folgendes:

„Vorkaufrecht des Staates gegenüber dem Ausländer und Juden.“

Au was geht es! Den „jüdischen Grundbesitzerspekulanten“ soll also der Boden um, vom Staate — mit den Steuern der Massen — abgekauft werden, aber nur im Vorkaufrecht, also nur dann, wenn sie ohnedies verkaufen wollen. Da sind wir also nun gelandet — im Nichts, vielmehr in der vollen Aufrechterhaltung der ganzen kapitalistischen Ausbeuterverhältnisse! Ihren Bestand soll das dritte Reich mit brutalem Terror gegen die arbeitenden Massen sichern!

Wertvolle Bauern, ihr braucht den Boden der Großgrundbesitzer! Karren ist unmöglich! Was entschädigungsgelöst Enteignung der großen Bodentwucherer kann helfen! Ihr erkläre unter den Umständen für Schulen und Höfen! Weg damit!

Wacht ihr diesen Weg ins Irre hinaus, denn heißt es, es hat Seite des Arbeiter Kampfes für den Weg der kapitalistischen Herrschaft, für Errichtung der Arbeiter- und Bauernregiment! Wie die sozialdemokratische Führerschaft, so tritt auch in diesem Kampf und die nationalsozialistische Bewegung entgegen, nicht als kämpfend vor den kapitalistischen Klassen!

Wacht, das Land bewegt, es geht zugrunde, der Nationalsozialismus verzweifelt bei dem Weg ins Irre, denn die die uns beim Kampf, wenn der Arbeiter Weg, auch die die uns (nat. soz. Weg)

A-Stadtbibliothek
1242